



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wittschewsky: Vom Krieg zum inneren Frieden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Vom Krieg zum inneren Frieden

Von Professor Wittschewsky



Die Wege, die vom Krieg zum äußeren Frieden führen sollen, sind gegenwärtig noch in Dunkel gehüllt; ja es ist nicht einmal die Möglichkeit gegeben, sie zu beschreiten, solange das Sperrfeuer feindlichen Widerstandes auf ihnen liegt. Eher könnte man meinen, daß eine Brücke zum inneren Frieden sich müsse schlagen lassen, denn gerade durch den Krieg sind günstige Vorbedingungen hierzu geschaffen. Welcher Art diese sind, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Die im August 1914 über Deutschland hereingebrochene furchtbare Heimsuchung hat die Nation zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte aufgerüttelt, hat den einheitlichen Willen zu gemeinsamer Abwehr der verruchten Angreifer wunderbar emporwachsen lassen und den Entschluß zur Beiseitesetzung der altgewohnten Zwistigkeiten gezeitigt. Der Burgfrieden griff Platz, der bisher, von etlichen Seitensprüngen abgesehen, im wesentlichen aufrechterhalten worden ist. Den Burgfrieden in einen dauernden Volksfrieden überzuleiten, wäre eine herrliche und dem großen Erleben dieser Tage würdige Aufgabe. Daß sie nicht frommer Wunsch bleibe, in leere Luft gehaucht, bewegt das Sinnen und Sehnen vieler ernster Männer. Keiner von ihnen wird der eitlen Hoffnung sich hingeben, daß Parteiungen und Gegensätze aus unserem öffentlichen Leben verschwinden könnten. Das wäre unnatürlich und stumpfsinnig. Wohl aber sollten die Gedanken dem Ziele zustreben, aufreizende Gehässigkeiten aus den Parteikämpfen fernzuhalten und die schroffen Spannungen zwischen den gegnerischen Lagern zu mildern. Solchen Stimmungen leuchtet als Fanale das Wort der letzten preußischen Thronrede vor, daß der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortwirken und in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes sich ausprägen solle.

Daß die nationale Einigkeit vor dem Kriege viel zu wünschen übrig ließ, ist eine betrübende Wahrnehmung, an der von warmherzigen Patrioten häufig genug bedauernd und anklagend bittere Kritik geübt worden ist. Sichtbare Erfolge hat aber diese Erkenntnis des unser Ansehen schmälernenden Übels nicht gezeitigt. Wohlmeinende Vorschläge zur Ausmerzung des nationalen Schwächezustandes sind ungehört verhallt und vereinzelte Versuche, so etwas wie einen Umschwung herbeizuführen, sind an den zähen Widerständen kleinemenschlichen Eigennutzes gescheitert. Es mußten offenbar stärkere Triebe der nationalen Entwicklung eingefügt werden, um deren Lauf in einheitlichere Richtung zu lenken. Vom Kriege könnten die Kräfte zu einer solchen inneren Erneuerung ausgehen, wenn ein überragender Wille die auseinandertretenden Auffassungen auf bestimmte große nationale Gesichtspunkte zu einigen vermag. Gelingt es uns, ein staatliches Programm in allgemeinen Umrissen gegenüber den vielen einzelnen Programmen der politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen als gemeinsame nationale Richtlinie voranzustellen und zur freiwilligen Anerkennung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu bringen, dann könnte damit ein Fundament besseren Zusammenhalts im Innern wenigstens für die Grundfragen, von denen die Zukunft Deutschlands abhängt, sich aufrichten lassen. Die Verwirklichung dieses Programms der Programme — wenn wir es so nennen dürfen! — ist freilich wesentlich bedingt von der zwingenden Betätigung eines Machtwillens, der, wie die Dinge im Deutschen Reich liegen, nur von einem klugen, weitblickenden und überlegenen Staatsmann ausgehen kann.

Als Probleme, die dem unaufhörlichen Hineinzerren in die Tageskämpfe in der Hauptsache entrückt werden könnten, erscheinen uns geeignet: Aufrechterhaltung und Ausbau der deutschen Wehrmacht zu Lande und zu Wasser (wieviel verbitternder Hader ist aus dem Streit um den „Militarismus“, der in diesem Kriege unvergängliche Verdienste sich erworben hat, entstanden!); die unversehrte Bewahrung der verfassungsmäßigen monarchischen Einrichtungen (also die grundsätzliche Abweisung aller Maulwurfsarbeit zur Unterwühlung der Monarchie!); die unzweideutige Scheidung der Rechte und Pflichten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten (auch die Verteilung der Steuern würde hierhergehören, schon um den endlosen akademischen Auseinandersetzungen über Wert oder Unwert der direkten und indirekten Steuern ein Ende zu machen!); die Festlegung der Wirtschaftspolitik (das Bekenntnis zum Schutz der nationalen Arbeit müßte nach den jüngsten Erfahrungen aus den parlamentarischen Erörterungen im großen und ganzen sich ausschalten lassen!); Fortbildung der Selbstverwaltung unter Respektierung der übergeordneten staatlichen Autorität. Noch manche andere Prinzipienfragen ließen sich anführen, über die, wie uns dünkt, eine Verständigung in breitem Umfange sich wohl bewirken ließe, ohne daß den Überzeugungen der einzelnen Parteien Gewalt angetan werden müßte. Zu jedem Sonderthema könnten abweichende Meinungen trotzdem ausgespielt

werden, im Interesse eines Ausgleichs scheint uns aber schon viel gewonnen, wenn nicht von Fall zu Fall immer wieder die schwersten Geschütze gegen Andersdenkende aufgeföhren werden, weil laut Übereinkunft die Stromrichtung vor-gezeichnet ist. Die innere Einigung unseres Volkes kann eben einen festen Bauplan nicht entbehren, dieser aber muß davon ausgehen, was ungefähr an gemeinsamen Grundlagen aus den verschiedenen Parteiprogrammen sich heraus-schälen läßt.

Unsere Randglossen zum Thema der inneren Einigung sind, wie wir gerne zugeben wollen, nur insofern zeitgemäß, als sie Fragen beröhren, deren Be-leuchtung von mehreren anderen Seiten schon seit einiger Zeit systematisch in Angriff genommen worden ist. Unzeitgemäß erscheinen aber solche Erörterungen deshalb, weil aus ihnen positive Aktionspunkte unter den obwaltenden Um-ständen schlechterdings sich nicht ergeben können. Ungleich wichtiger ist, daß wir jetzt wahrlich unsere Interessen nicht an Aufgaben verzetteln, die erst nach Beendigung des Krieges greifbar in Erscheinung treten werden. Wie würden wir einen Mann beurteilen, der, während ein verheerendes Brandfeuer in seinem Hause wütet, sorgenvoll darüber nachsinnt, wie er nach Löschung der Glutten seine innere Wohneinrichtung zweckmäßiger werde gestalten können? In den Schriften der Apostel des inneren Friedens finden wir aber neben allgemeinen Redewendungen Duzende von Vorschlägen, die zu ihrer Realisierung ein großes Aufgebot gesetzgeberischer Arbeiten voraussetzen. Einen praktischen Nuzeffekt können solche Frühgeburten um so weniger haben, als niemand mit Sicherheit behaupten kann, daß nach dem Friedensschluß der allseitig angekündigte Reform-hebel gerade an dem besonders hervorgehobenen Punkte allem zuvor anzusetzen sein wird. Probleme, deren umgehende Lösung jetzt großen Parteigruppen unaufschiebbar erscheint, werden unter der überwältigenden Fülle der zur Wiederherstellung zerstörter Daseinsbedingungen erforderlichen Arbeiten späterhin wahrscheinlich minder dringlich erscheinen, z. B. die Reform des Landtagswahl-rechts gegenüber der Neuordnung unseres Außenhandels. Dem Wettlauf der Wünschen wird, wie jeder Einsichtige anerkennen müßte, die Erfüllung der Staatsnotwendigkeiten vorangehen müssen.

Die Kriegseinheit gestattet nicht, Unreifes und Ungeklärtes auf die politische Tagesordnung zu setzen, denn jene Einheit würde solchenfalls Gefahr laufen, auseinandergesprengt zu werden. Wir sollen uns hüten, für vergiftete Zant-äpfel der Vergangenheit inmitten des Kriegssturmes schnelle Entschließungen zu heischen. Schon die wenigen engbegrenzten Gesetzentwürfe, die von den Par-lamenten leztthin erledigt wurden, wie die Vereinsgesetznovelle und die Kriegs-gewinnsteuer, haben deutlich erkennen lassen, daß die alten Gegensätze nur mühsam unter einen Hut gebracht werden könnten. In Hoffen und Bangen harren wir der werdenden Dinge; sie voreilig meistern zu wollen, hieße der weltgeschichtlichen Entwicklung vorgreifen. Friedrich Naumann hat sehr Recht, wenn er schreibt: „Bei allen zukünftigen Entwicklungen hängt sehr viel davon

ab, mit welchen Eindrücken der Krieg selber schließen wird. Er wird rückwärts vom Volke verschieden beurteilt werden, je nachdem er mehr oder weniger greifbaren Sieg gebracht hat. Nicht zu unterschätzen ist aber vor allem, unter was für Umständen die Heimkehr der Truppen sich vollzieht. Die Seele der Heimkehrenden ist die Wiege der künftigen deutschen Politik."

Es wäre schlimm, wenn die staatliche Politik in den Bann hochgespannter idealistischer Empfindungen geriete. Gefühlsmomente tauchen auf und schweben nieder; sie schwanken im Wandel der die Volksstimmung erhebenden oder niederdrückenden äußeren Geschehnisse. Zur Kennzeichnung dieser Veränderlichkeit möchten wir ein literarisches Zeugnis anrufen. Vor etwa Jahresfrist erschien ein vielbeachtetes Buch, das von dem Herrenhausbibliothekar Dr. Friedrich Thimme und dem Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Carl Legien herausgegeben wurde und zwischen der bürgerlichen und sozialistischen Geisteswelt vermitteln sollte*).

Im Schlußwort will der Herausgeber Thimme die wichtigsten Lehren und Erkenntnisse des Krieges zusammenfassen. Einige Sätze mögen seine Auffassung andeuten. „Der Krieg hat uns die Erfahrung gebracht, daß in der nationalen, der deutschen Gesinnung nicht der mindeste Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Welt besteht: alle sind wir bereit, für das Vaterland auch das Letzte hinzugeben . . . Es darf nicht mehr sein, daß die Wünsche und Forderungen der Sozialdemokratie von den übrigen Parteien und der Regierung leicht hin beiseite geschoben werden . . . Es darf ganz gewiß nicht sein, daß die sozialdemokratische Überzeugung als ein nationales oder gar moralisches Unrecht gebrandmarkt oder gesellschaftlich geächtet wird . . . Das Volk darf und kann erwarten, daß ihm der Staat mit Freiheit und Vertrauen lohne, daß man seine Volksrechte nicht ängstlich beschneide, sondern sie soweit wie immer möglich ausdehne, daß man ihm eine lebendige Anteilnahme am Staatsleben gönne, daß man allen seinen Klassen und Individuen volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, gleiche Bewegungsfreiheit, gleiche Entwicklungsmöglichkeit gebe . . . Fast mit Beschämung denken wir heute daran, daß wir vor dem Kriege ernsthaft darüber debattieren konnten, ob wir nicht schon ein Ziel an sozialer Reform hätten . . . Wir werden uns in Zukunft dem Probleme, ob und inwieweit unsere heutige Wirtschaftsordnung, der Gegenwartsstaat, der neuen Wirtschafts- und Gesellschafts-

*) „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien (Verlag von S. Hirzel in Leipzig. Preis 2 M., geb. 3 M.). In dem Buche haben sich eine Anzahl bürgerlicher Gelehrter und sozialdemokratischer Schriftsteller zusammengefunden, um die Probleme der künftigen Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland gemeinsam zu erörtern. Von den Mitarbeitern seien genannt: Prof. Dr. Onken = Heidelberg, Prof. Dr. Meinecke = Berlin, Prof. Dr. Anschütz = Berlin, Prof. Dr. Franke (Herausgeber der „Sozialen Praxis“), Privatdozent Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Prof. Dr. D. Trölsch und einige andere. Von den sozialdemokratischen Verfassern seien erwähnt: Scheidemann, Winnig, Paul Hirsch, Dr. Lensch, Robert Schmidt, Heinrich Schulz und Paul Umbreit.

ordnung des Sozialismus, dem Zukunftsstaat, näherzuführen ist, nicht leicht mehr entziehen können . . .“

Diese Sätze enthalten unseres Erachtens ein Bekenntnis, das durch eine tiefe Verbeugung vor demokratischen Forderungen und sozialdemokratischen Ideen der nationalen Einigung dienen will. Das den freien Gewerkschaften vom Verfasser Thimme gespendete Lob wegen ihres staatsstreuen Verhaltens soll nicht mit einem Wort bekrittelt werden, ob aber die Anerkennung der politischen Sozialdemokratie als einer vaterländisch gesinnten Partei heute noch so rückhaltslos wie vor einem Jahre ausfallen würde, kann füglich bezweifelt werden. Es kann doch nicht einfach darüber hinweggesehen werden, daß innerhalb der Sozialdemokratie ein starrer Radikalismus von unbekannter Stärke nach wie vor sein Wesen treibt. Sollen Staat und Gesellschaft die Verantwortung auf sich nehmen, dieser an Landesverrat grenzenden Strömung jede Schranke gegen ihr freies Austoben fürsorglich aus dem Wege zu räumen?

Die Versöhnungspolitik der Thimme und Genossen ist einseitig eingestellt; sie verlangt von der bürgerlichen Gesellschaft die weitestgehenden Zugeständnisse an die sozialistische und demokratische Anschauungswelt, ohne danach zu fragen, ob die bewährten Trageballen unseres Staatswesens und seiner bürgerlichen Wirtschaftsverfassung eine solche Belastung ungefährdet aushalten können. Wir machen den um Herrn Thimme vereinigten Gelehrten und Politikern den Vorwurf, daß die von ihnen konstruierten Einigungsformen in manchen Stücken eher dazu angetan sind, Unfrieden zu säen als Versöhnungsfrüchte reifen zu lassen.

Das gilt beispielsweise von den „Gedanken über zukünftige Staatsreformen“ des Professors Anschütz. Derselbe glaubt wohl dem inneren Frieden förderlich zu sein, wenn er den „konservativen Radikalismus“ als den Hemmschuh aller innerpolitischen Fortschritte in Preußen bezeichnet und den Unitarismus im Reich auf Kosten der Einzelstaaten zu allbeherrschendem Einfluß ausgestalten möchte? Unter bedauerlicher Verkennung der von Preußen ausstrahlenden Lebenskräfte schwebten diesem Gelehrten Reformen vor, durch die eine mit ganzer Machtfülle ausgestattete Reichsregierung eingesetzt und Preußen seiner staatsrechtlichen Befugnisse im wesentlichen beraubt wird. Zwar sucht der Verfasser vorzuspiegeln, daß Preußen infolge einer breiten Demokratisierung seines Wahlrechts an Festigkeit nur gewinnen könnte, andererseits soll aber durch eine systematische Stärkung der Reichsgewalt der preußische Einfluß auf die Reichsgeschäfte gründlich unterbunden werden, denn „das Reich ist nicht eine bloße Attrappe, hinter der sich die preußische Hegemonie verbirgt“. Die Existenz des Bundesrats neben der „Reichsleitung“ erscheint Professor Anschütz an sich schon als ein Unding. Daher soll die jetzt vom Reichskanzler ausgeübte „Leitung“ an ein dem Reichstag verantwortliches Reichsministerium übergehen und der Bundesrat in ein Reichsoberhaus mit den Funktionen eines Staatsrats umgewandelt werden.

Diese Probe mag genügen. Und mit derart ausschweifenden Reformideen soll das Gerüst zum inneren Frieden gezimmert werden! Eine ähnliche Vertiegenheit offenbaren die Pläne Herrn Professors Jaffé in München zur Anbahnung des Arbeitsfriedens. Daß die Arbeiter einen bestimmenden Einfluß auf die Fabrikbetriebe erhalten müßten, gilt als selbstverständlich. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Arbeiterschaft und der Betriebs-Oberleitung sollen gemeinsame Ausschüsse, die eventuell mit richterlicher Gewalt auszurüsten wären, eingreifen. Eine höhere Appellationsinstanz könnte geschaffen und zur Krönung des ganzen Schlichtungsapparats ein besonderes Berufsparlament eingesetzt werden.

Wir hängen diesem Gedankenfluge keine Randglosse an, würden aber gern wissen, ob der Verfasser wirklich der Überzeugung ist, daß der Saumpfad zum Volksfrieden mit so breitspänniger Karosse befahren werden kann.

Das Thimmesche Buch von 1915 ist, soweit wir haben sehen können, sehr kühl aufgenommen worden. Dem in ihm sich ausprägenden Idealismus ließ man die gebührende Anerkennung zuteil werden, während man an seiner Ausmünzung in praktischen Maßnahmen schweigend vorüberging. Nicht besser dürfte es unserer Meinung nach einem dieser Tage erschienenen größeren Buche desselben Verfassers ergehen. Diesmal ist ein Stab von vierzig Mitarbeitern zusammengetreten, um dem deutschen Volke die Bahnen zum inneren Frieden aufzuzeigen.*) Selbstverständlich hat diese Arbeitsgemeinschaft hervorragender Männer eine schier erdrückende Fülle von lehrreichen Betrachtungen und be-

*) „Vom inneren Frieden des Deutschen Volkes“, herausgegeben von Friedrich Thimme (Verlag S. Hirzel, Leipzig. Preis 5 M., geb. 7 M.). Nach einer Einleitung von D. Traub, M. d. N., über das, was not tut, behandeln den Frieden unter den Weltanschauungen die Professoren Dr. D. Eucken-Jena, Dr. Ratrop-München, D. Rademacher-Bonn, ferner die Sozialisten Fendrich-Freiburg und Peus-Dessau, die Pfarrer Liebster und Lic. Wilhelm Thimme, Peter Rippert S. J.-München. Dem Frieden unter den Konfessionen und kirchlichen Parteien sind Aufsätze gewidmet von den Professoren D. Rade-Marburg, Prälat D. Hausbach-Münster, D. Dudmann-Greifswald, Dr. D. Kahl-Berlin, Baumgarten-Niel, D. Mahling-Berlin und Dr. Rein-Jena. Im Abschnitt über den Frieden unter den Klassen und Berufsständen sind vertreten: Staats-Sekretär a. D. Dr. Dernburg, Prälat Dr. Pieper-M.-Glabbach, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Ministerialdirektor a. D. Dr. Thiel, Professor Dr. Faßbender, Justizrat Dr. Baldschmidt, Vorstandsmitglied der L. Löwe N.-G., Generalsekretär Stegerwald vom Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften, Stadtrat Dr. Koesler-Frankfurt a. M., Max Schippel und als einzige Frau Dr. Gertrud Bäumer. Die Stellung der politischen Parteien beleuchten: Dietrich von Dergzen, Otto von Dewitz, M. d. N., Dr. Bachem-Cöln, Heinrich Prinz zu Schönau-Carolath, M. d. N., Kolb-Karlsruhe, Mitglied des badischen Landtages, die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heine und Dr. Haas, M. d. N., zurzeit Warschau. Endlich äußern sich: über die Polenfrage Dr. Paul Mohrbach und Fürst Xaver Drucki-Lubecki, über Elsaß-Lothringen der frühere Staatssekretär Dr. Emil Petri, über das Ringen um die Nordmark Pastor Schmidt und über das Judentum Professor a. D. Dr. Hermann Cohen. Das Schlußwort hat der Herausgeber Dr. Thimme.

achtbaren Anregungen zu Papier gebracht. Wir wünschen, daß recht viele Leser den vorgetragenen Gedankengängen prüfend nachgehen. Sie werden neben manchem Anfechtbaren viel Ansprechendes finden. Vor allem wirkt erfreulich die begeisterte Vaterlandsverehrung, die aus allen Abhandlungen hervorleuchtet. „Das Interesse, das den Ton für alle Reden und das Maß für alle Bestrebungen gibt, bleibt das Vaterland.“ Die Übereinstimmung in der Grundauffassung läßt freilich für sehr widerspruchsvolle Ausdeutungen Raum.

Das Programm des Friedensbuches ist, wie ersichtlich, sehr weit gesteckt. Trotzdem können die Darlegungen der einzelnen Verfasser, die nicht nur unsere sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die politischen und konfessionellen Parteien, die Nationalitätenfrage und die tiefsten Probleme deutscher „Innerlichkeit“ (nach einem Ausdruck des Professors Rudolf Eucken) in vorgezeichnetem Sinne behandeln sollen, die Hauptfragen nur in kürzesten Umrissen erörtern. Über die Staatskirche, das Parteiwesen, über die polnische Frage, das Judentum u. dgl. m. existiert je eine große Literatur, deren Kenntnis zur richtigen Beurteilung der betreffenden Themata unerlässlich ist. Denn die Urteilsbildung muß das Für und Wider erwägen, während die Thematischen Mitarbeiter gewissermaßen an eine bestimmte Marschlinie gebunden waren. Ihre Aufgabe deutet dahin, daß sie versöhnlichen Stimmungen unter den sich befindenden Parteien eine Gasse bahnen sollen. Mithin fügt es sich von selbst, daß sie ihnen unbequeme Wahrheiten und Einwände aus ihren Betrachtungen ausschließen, dagegen die zu einem friedlichen Ausgleich geeignet erscheinenden Momente um so eindringlicher hervorheben. Anders war die heikle Aufgabe wohl auch nicht zu lösen. Die Mannigfaltigkeit der Themata beeinträchtigt aber die Gründlichkeit: die Tendenz des Friedensbuches leistet der Einseitigkeit der Darstellung Vorschub.

Einen ungefähren Einblick in das Wollen der Propagandisten des inneren Friedens gewährt die Schlußrede des Herausgebers, in der es u. a. heißt:

„Hinfort soll eine jede Partei, eine jede Glaubensgemeinschaft, jeder Volksstamm und Stand sich ehrlich und eifrig bemühen, die anderen, denen man bisher kühl und fremd, oft feindlich gegenüberstand, nach Wesensart und wirklichem Wollen kennen zu lernen. Kein oberflächliches Aburteilen auf Grund vorgefaßter Meinungen darf mehr stattfinden; der Protestant muß den Katholiken und Juden, der Liberale und der Freigeist den Positiven und Orthodoxen, der Konservative den Sozialdemokraten und umgekehrt zu begreifen und zu verstehen suchen. Sobald nur alle Teile den aufrichtigen Willen zu solchem Kennenlernen, zu solchem gerechten Verstehen und Urteilen haben, müssen sie ja sofort gewahr werden, wieviel Wertvolles, Gutes und Edles auch die anderen Richtungen in sich schließen, und wieviel man von ihnen lernen und gewinnen kann. Selbstverständlich ist es mit dem Eindringen in die Psyche des andern allein nicht getan; eine ernste, unachsichtige Selbstprüfung und Einkehr muß damit verbunden sein. Die Not-

wendigkeit der Selbstbestimmung, der inneren Erneuerung kann gar nicht ernst und nachdrücklich genug betont werden; von ihr darf sich niemand, wer es auch sei, ausschließen. Erst wenn ein jeder sich bewußt geworden ist, wieviel Unvollkommenheit und Bedingtheit ihm selbst anhaftet, wie sehr auch er auf die Milde und Nachsicht der anderen angewiesen ist, dann sind die Voraussetzungen für ein gegenseitiges Verstehen gegeben.“

Nachdem dergestalt durch die Läuterung aller und eines jeden einzelnen der Boden für ein gegenseitiges Verstehen bereitet ist, wird, wie Dr. Thimme meint, auch das bisher vermißte Vertrauen sich einstellen. Der Krieg wird sich hierbei als ein kräftiger Helfer erweisen, denn er hat allen Parteien das Gewissen dem Vaterlande gegenüber geschärft. Angesichts des furchtbaren Erlebens der Gegenwart müßten alle verbitternden Erinnerungen ausgelöscht und ein neues Konto ohne Vorurteil und Belastung aufgelegt werden. Niemals sei die Zeit hierzu günstiger gewesen als eben jetzt, wo Monarchie und Staatsautorität hochaufgerichtet daständen und der christliche Gedanke die Herzen dem brüderlichen Vertrauen öffne . . .

So spricht der Idealismus, der an den Sieg der edleren Anlagen in den Mitmenschen über deren eigennützige Berechnung glaubt. Auch wir hoffen, daß der Krieg als ein segensreicher Erwecker zur Duldsamkeit und Nächstenliebe sich erweisen und dadurch dem Emporwuchern innerer Zwietracht entgegenwirken wird, die alten Gegensätze aber werden — vielleicht in gemilderten Formen — fortbestehen. Weder wird die menschliche Natur sich umkneten lassen, noch werden die sozialen Spannungen entschwinden, noch werden die konfessionellen Reibungen völlig erlöschen, noch werden die politischen Kämpfe jemals ein überwundener Standpunkt sein. Für den inneren Frieden werden materielle Bedingungen wirksamer sein als blühende Rhetorik.

Die einzelnen Mitarbeiter mögen empfunden haben, wie mit den bloßen Mahnungen zur Friedfertigkeit das trotzige Herz der Menschen nicht zu befehlen ist. Der geistigen Erneuerung sollen daher reale Zugeständnisse zu Hilfe kommen. Sofort zeigt sich aber auch, wie schwankend der Boden für einen Ausgleich ist. Wir bleiben bei dem Abschnitt über den Frieden unter den politischen Parteien stehen. Jeder Verfasser will natürlich das eigene Partei Gesicht wahren und soll doch programmäßig dem Gegner eine Hand zur Verständigung bieten. Das ergibt einen bunten Strauß von Zukunftsversprechungen, von denen Niemand weiß, was von ihnen erfüllt und inwiefern dem inneren Frieden dadurch Nährkraft zugeführt werden wird. Der auf konservativem Boden stehende Herr v. Derßen ist der Meinung, daß die Parteien veraltete Ideale aufgeben und Vertrauen zueinander fassen müßten. Im übrigen träfe das Umlernen am wenigsten die konservative Partei, weil deren Grundsätze die gewaltige Generalprobe des Weltkriegs so glänzend bestanden hätten, daß eine Richtungschwenkung eher einen Verlust als Gewinn bedeuten würde. Der wichtigsten Zukunftsaufgabe, der Fortbildung der Sozialreform, würden die

Konservativen trotzdem sich keinesfalls versagen. Ziele der Reform dürften sein: Die Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterschaft, Erwägungen über die Bergesellschaftung der Produktionsmittel im Sinne einer weiteren Ausbildung gemeinwirtschaftlicher Grundsätze, Regelung des Arbeitsnachweises für Gewerbe und Landwirtschaft, ein einheitliches Arbeitsrecht, die Umwandlung der unfruchtbaren revolutionären Arbeiterbewegung in eine fruchtbare Reformpartei, überhaupt die Begünstigung sozialer Fortschritte.

Die gleiche Zurückhaltung übt der freikonservative Herr v. Demiz. Zu einer Demokratisierung des Verfassungslebens will er keinesfalls die Hand bieten, für die Lösung der sozialen Probleme aber sein Können einsetzen. Auf diesem Wege werde dem inneren Frieden ein bedeutsames Unterpfand geboten, wobei vorausgesetzt werde, daß die freien Gewerkschaften auf ihrer erfreulich befundeten nationalen Gesinnung beharren und die Autorität des Staates voll anerkennen.

Für das „gegenseitige Verstehen“ scheint uns mit diesen konservativen Bemerkungen wenig getan zu sein. Der nationalliberale Prinz Schönau-Carolath wünscht zwar eine Umgestaltung des preußischen Wahlrechts, hält aber mit positiven Zielen sonst wohlweislich zurück. Ebenso steht Dr. Friedrich Naumann in seiner gedankenreichen Abhandlung über „Die Volksvertretung im Kriege“ davon ab, programmatische Wünsche oder Hoffnungen für die Zeit nach dem Kriege geltend zu machen. Das erscheint ihm als ein müßiges Herumraten, während unser ganzes Denken und Trachten einzig auf das eine Ziel: Sieg! gerichtet sein muß.

An diesen Probestücken aus dem politischen Kapitel des Thimmeschen Buches müssen wir uns genügen lassen. Die Schwächen des Buches werden offenbar, wo nach positiven Zielpunkten gehascht wird, weil wir diese angesichts des blutigen Ernstes der Gegenwart nicht fest ins Auge fassen können. Können stillvolle Reden über den Friedensgeist diesen heranholen, so müßte er eigentlich schon da sein. Ist er noch nicht vorhanden, so wird er hoffentlich mit dem Geläut der Friedensglocken herannahen. Jetzt regiert noch Mars die Stunde und hat wenig Verständnis für sentimentale Friedenslyrik.

